



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/256

2. November 1950

Hinweise  
auf den Inhalt:

Deutsche gegen Deutsche - Zur Diskussion um den deutschen Beitrag -	S.1
Tibets Schicksal besiegelt	S.3
Das Darmstädter Gespräch - von Pastor H. Albertz	S.4
Flüchtlingspassion in Oberammergau	S.6

---

## Deutsche gegen Deutsche

P.R. Es fällt auf, dass in den Überlegungen zur Frage der deutschen Wiederbewaffnung - in Westdeutschland, denn in der Sowjetzone ist man aus dem Stadium der Diskussion längst heraus - das Moment des drohenden Bruderkrieges selten aufgegriffen wird. Gerade in diesem Punkt aber unterscheidet sich die deutsche von der Situation aller anderen Länder des Westens entscheidend. Hier liegt auch ein wesentlicher Grund mit für die grosse Zurückhaltung weitester Kreise des deutschen Volkes und seiner parlamentarischen Vertretung gegenüber den Wünschen nach einer aktiven deutschen Beteiligung bei der Organisierung der Verteidigung des Westens.

Vielleicht liegt eine Erklärung dafür, dass von dieser speziellen Gefahr für Deutschland so selten öffentlich gesprochen wird, darin, daß man wohlweislich vermeiden möchte, auch nur in die Nähe einer politischen Denkweise und Diktion zu kommen, die, von der Sowjetzone aus, mit solchen Parolen täglich hausieren geht, ganz offenkundig aber nicht aus ehrlicher Besorgnis, sondern aus der Absicht, im Westen Defaitismus zu erzeugen. Der Wille, sich unter keinen Umständen in diesem Sinne mißbrauchen zu lassen, kann aber nicht dazu führen, das Thema überhaupt unbertührt zu lassen. Wenn man sagt, auch die Sowjetzone habe durch die Volkspolizei deutsche Verbände mobilisiert und sie tue es offenbar weiterhin durch fortgesetzte Aushebungen, so liegt darin kein hinreichender Grund, in Westdeutschland automatisch ebenso zu verfahren. Was drüben geschieht, geschieht zu 80 und mehr Prozent aus Zwang, und es ist noch sehr die Frage, wie zuverlässig im Sinne der russischen Führung solche Verbände sind,

wenn man sie nach Westen hin in Marsch setzte. Vermutlich würde diese russische Führung, wenn sie sich zu einem Angriff entschliessen sollte, deshalb (und aus anderen Gründen) die deutschen Verbände auch nicht an der Spitze, sondern am Schluss der verfügbaren Kräfte einsetzen.

In jedem Fall sollte man Verständnis dafür haben, dass man in Westdeutschland alles versucht, einen Kampf von Deutschen gegen Deutsche zu vermeiden. Die von russischen Truppen besetzten Teile sind, das scheint man im Auslande allzu leicht zu vergessen, kein gegnerisches Land, auch wenn die gegenwärtigen deutschen Machthaber von Moskaus Gnaden erbitterte Feinde des Westens schlechthin sind. Auf dieser Furcht vor dem schrecklichen Schicksal eines Bruderkrieges beruht ja auch sehr wesentlich die Konzeption der "offensiven Verteidigung", d.h. die Vorstellung, alle nur denkbaren Voraussetzungen für eine erfolgreiche "erste Schlacht" zu schaffen, so dass der weitere Kampf sich östlich des von Deutschen bewohnten Gebietes abspielen müsste. / Deutschlands

Leider wird in jüngster Zeit in der Diskussion um den deutschen Beitrag auch mit fast schon erpresserisch zu nennenden Argumenten gearbeitet. Die Amerikaner würden, so heisst es bisweilen, eine deutsche Passivität mit einem eigenen Desinteressement an Deutschland beantworten. (Dazu ist zu bemerken, dass kein Grund besteht, an der Aufrichtigkeit der in New York gegebenen Sicherheitgarantie zu zweifeln, noch aber auch an der Ehrlichkeit von Versicherungen maßgebender Amerikaner, man werde die Deutschen nicht zum Waffentragen zwingen). Selbstverteidigung sei ein Naturrecht, so hört man, und stehe nicht im Widerspruch zu den Gesetzen der Demokratie. Natürlich nicht. Aber keine deutsche Stelle hat sich bisher auch zu einem absoluten und bedingungslosem Pazifismus bekannt. Jeder Unvoreingenommene wird aber begreifen, dass ein entscheidender Punkt unter deutschem Gesichtswinkel auch der sein muss, dass bei einem Aufeinanderprallen fremder Gewalten das Risiko einer blutigen Auseinandersetzung zwischen Deutschen so gering wie möglich sein sollte.

- - -

Tibets Schicksal besiegelt

f. Von allen Staaten der Welt ist nur ein einziger in der tibetischen Hauptstadt Lhasa diplomatisch vertreten und zwar Indien durch einen Handelsagenten. Diese einzigartige Stellung des indischen Vertreters ist ein Erbe der Indienherrschaft Englands, das sich vor viereinhalb Jahrzehnten den Zutritt nach Lhasa mit Waffengewalt erzwungen hat. China hatte weniger Glück. Jedesmal wenn im fernen Peking ein Umsturz erfolgte, warfen die Tibetaner die chinesischen Vertreter aus dem Lande hinaus. Das war nach dem Sturz der Mandschus, wie nach dem Zusammenbruch Tschiang-Kai-Scheks der Fall. Damit ist es jetzt vorbei.

Wenn Maos Truppen Lhasa erreicht haben, geht es mit der Autonomie Tibets schnell zu Ende. Der Hilferuf des Dalai Lama wird ohne Wirkung bleiben. Es gibt kein Land der Erde, dem Hilfe zu bringen so schwierig ist, wie diesem fast unzugänglichen Hochgebirgsstaat. Entscheidender aber ist, dass es sehr schwer wäre, eine solche Hilfeleistung einwandfrei zu begründen. Das allein unmittelbar von den Tibetischen Veränderungen berührte und bedrohte Indien erkennt die Oberhoheit Chinas über Tibet an (wenn es auch gewünscht hätte, dass sie auf friedlichem Wege festgelegt worden wäre), ebenso wie das London und Washington schon vor Jahren getan haben. Der einzige strittige Punkt war Art und Maß der Autonomie Tibets.

Wenn Peking erklärt, die chinesische Regierung betrachte die tibetische Frage als eine innerchinesische Angelegenheit, dann lässt sich daran nicht nur militärisch nichts ändern. Die völkerrechtliche Situation Tibets ist noch komplizierter, als es die einzigartige verfassungsrechtliche Struktur dieses seltsamen Gottesstaates ist, in dessen weltliche und geistliche Herrschaft sich der Dalai Lama und der Pantschen Lama teilen. Mao kann sich auch darauf berufen, dass ihn der Pantschen Lama aufgefordert hat, Tibet zu "befreien". Die Rivalität der beiden Lamas kommt Peking natürlich sehr zustatten, abgesehen davon, dass die lamaistische Priester- und Feudalherrschaft viel Unzufriedenheit in der Bevölkerung geschaffen hat. Der chinesische Oberbefehlshaber hat die in Tibet einrückenden Truppen angewiesen, die Tibetaner nicht als Feinde, sondern als Brüder zu betrachten. Bei der strengen und harten Disziplin der kommunistischen Streitkräfte Chinas ist anzunehmen, dass sich in Tibet wiederholen wird, was sich in China gezeigt hat: die Armee wird sich als das nicht nur militärisch, sondern auch politisch wirkungsvollste Instrument des chinesischen Kommunismus erweisen. Das Schicksal Tibets scheint so gut

wie besiegelt.

Für Indien, vor allem für den indischen Premierminister Nehru, ist der chinesische Einmarsch in Tibet ein schwerer Schlag. Nehrus Hoffnung, durch seine Vermittlung Peking zur Anerkennung der Autonomie Tibets bewegen zu können, ist fehlgeschlagen. Delhi hat angekündigt, dass es nun seine Politik gegenüber China revidieren muss. Die Wärme, mit der es für Peking bei den Westmächten eingetreten ist, wird sich abkühlen. Ob die Enttäuschung tief genug ist, um Nehru von dem pro-chinesischen Kurs abzubringen, ist fraglich. Der indische Premier hat sich dafür wohl schon zu weit festgelegt.

### Das Darmstädter Gespräch

Von Pastor Heinrich Albertz, Staatsminister

Am Vorabend des Reformationstages und zwei Tage vor der Verkündung des Dogmas über die leibliche Kimmelfahrt der Mutter Gottes durch den Heiligen Vater trafen sich führende Mitglieder der SPD und Männer der Bekennenden Kirche in Darmstadt zu einem fast achtstündigen Gespräch. Da in Detmold im Sommer 1947 mehr grundsätzliche Erörterungen im Vordergrund standen, war es in Darmstadt das erste Mal in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und der evangelischen Kirche in Deutschland, dass zu einem konkreten Problem ein konkretes Wort von Männern der Kirche und Männern des demokratischen Sozialismus gemeinsam gesagt wurde.

Ein Haupt-Merkmal des Darmstädter Gesprächs war, dass es sich fern von aller Romantik bewegte. Unter den etwa 20 Teilnehmern traten nur zwei aus persönlichen Gewissensgründen und nur für ihre Person für einen konsequenten Pazifismus ein. Weder konnten noch wollten sie diese, ihre persönliche Meinung zur Grundlage einer allgemeinen politischen Entscheidung machen. Es ist also sehr leichtsinnig, etwa die geistige Ausgangsposition dieses Kreises mit dem Stichwort des "Rheinischen Merkur" abtun zu wollen, es hätten sich dort einige "Säulenheilige" getroffen, die von der politischen und militärischen Wirklichkeit keine Ahnung hätten. Die Kindlichkeit des Spiels mit Soldaten und soldatischen Begriffen scheint mir jedenfalls in den letzten Wochen mehr auf der Seite der Bundesregierung und bei den Parteien, die sie stützen, gelegen zu haben. In den Sachfragen wurde völlige Einmütigkeit erzielt, die sich im wesentlichen mit den Stellungnahmen von Dr. Kurt Schumacher zur Frage der Remilitarisierung deckt, und die nun

die praktische Konsequenz in den Vordergrund schob, dass der augenblickliche und unter völlig anderen Voraussetzungen gewählte Bundestag die verfassungsändernde Entscheidung über die Frage einer deutschen Beteiligung an militärischen Maßnahmen nicht treffen könne.

Sicher wird die Öffentlichkeit sich noch ausführlich mit diesem Gespräch befassen. Man wird von gewisser Seite vielleicht die Männer aus dem Kreis Niemöller zu einer bedeutungslosen Minderheit zu stempeln versuchen, die nicht berechtigt sei, im Namen der Kirche zu sprechen. In Wahrheit kann es keinen Zweifel darüber geben, dass das evangelische Volk und die Gemeinden - soweit sie noch lebendig sind - sicher näher bei den Männern stehen, die in Darmstadt zusammensassen, als bei den Kirchenbürokraten der Bischofssitze und Landeskirchenämter. Vor allem aber wurde eines deutlich: der aktivste Kreis des deutschen Protestantismus hat begriffen, dass es weit über eine konfessionelle Auseinandersetzung im engeren Sinne hinaus heute darum geht, einen politischen Weg zu vermeiden, der den geschwächten Rest Westeuropas unter die Führung des politischen Klerikalismus bringt und meint, mit dem traurigen Rest Frankreich, Italien, Westdeutschland, die Benelux-Länder und ihrem geistigen Vater, dem Vatikan, europäische Politik machen zu können. Die Männer in Darmstadt wissen sehr genau, dass dieser Rumpf nichts mehr mit Europa zu tun hat, und sie werden daher in den nächsten Wochen ihre Stimme erheben, jedesmal, wenn Deutschland und Europa an diese politischen Kräfte verkauft werden sollen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat sich damit nicht auf eine Konfession festgelegt, und die Bekennende Kirche nicht auf eine politische Partei. Auch die Grenzen zwischen politischem und kirchlichem Wort wurden von beiden Teilen in Darmstadt peinlich gewahrt. Die westdeutsche Öffentlichkeit wird sich langsam daran gewöhnen müssen, dass über alle tragischen Mißverständnisse der letzten hundert Jahre hinweg deutsche Sozialisten und deutsche Protestanten bereit sind, sich um ihres gequälten, geschlagenen und nun als Handelsobjekt angebotenen Volkes zu gemeinsamen Aktionen zusammenzufinden, und dass damit vielleicht der wesentliche Beitrag zum Reformationsfest 1950 geleistet wurde.

Flüchtlings-"Passion" in Oberammergau

(with.) Nach den weltberühmten Passionsspielen ist Oberammergau der Schauplatz einer anderen Passion geworden, deren Darsteller nicht die eingewohnten Oberammergauer sind, sondern die durch Kriegsnot und Kriegsfolgen dorthin verschlagenen Flüchtlinge. Sie hatten sich bereit erklärt, ihre Wohnungen zur Verfügung zu stellen, als es galt, Tausende von Besuchern in der Festspielzeit unterzubringen. Sie selbst nahmen mit Notquartieren vorlieb. Selbstverständlich im guten Glauben, ihre Wohnungen wieder beziehen zu können, wenn die Festwochen vorüber sein würden.

Das ist nun seit Monaten der Fall. Aber noch immer warten die 157 Flüchtlingsfamilien auf die Wiederherstellung des alten Wohnrechts. Die Oberammergauer Hausbesitzer weigern sich, die Flüchtlinge wieder aufzunehmen und berufen sich dabei auf ein neues bayerisches Gesetz, nach dem in "konzessionierten Fremdenverkehrsbetrieben" keine Zwangseinweisungen mehr vorgenommen werden dürfen.

Diese Einstellung der Hausbesitzer, die fast ausschliesslich zu den Darstellern jener historischen Passion gehörten, widerspricht - so will und scheinen - in höchstem Grade dem obersten Grundsatz wahren Christentums, nämlich dem der Nächstenliebe. Sie untergräbt <sup>die</sup> immer noch weit verbreitete Ansicht, dass die Passionsspiele das besondere Zeichen christlicher Lebensführung in Oberammergau seien - eine Auffassung, die gerade um die Darsteller eine Art Nimbus breitete - schwer. Was bleibt, ist ein "konzessionierter Fremdenverkehrsbetrieb". Der Sachverhalt wird besonders peinlich, wenn man hört, dass eben dieselben Hausbesitzer und Passionsspieler vor wenigen Tagen gen Rom pilgerten und - wie berichtet wird - vom Papst gesegnet wurden.

Man ist gespannt darauf, ob der um seinen guten Ruf so besorgte Gemeinderat von Oberammergau, der sich angeblich in seinen nächsten Sitzungen energisch mit der Klage gegen den bayerischen Landtagsabgeordneten Dr. Rief wegen dessen beleidigenden Ausdruck "Oberammergauer" im bayerischen Finanzausschuss befassen will, ebenso energisch für das Recht der Flüchtlinge einsetzt und damit das höchst unchristliche Nachpassionsspiel in Oberammergau beendet.

- - - -